



Niederschrift

Sozialausschuss

20. Wahlperiode – 32. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 12. Juli 2023, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Vorsitzende

Hauke Hansen (CDU)

Dagmar Hildebrand (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Andrea Tschacher (CDU)

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Catharina Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD)

Sophia Schiebe (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Christian Dirschauer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation in der Frauenklinik in Rendsburg (ehemals ímland Klinik) und zur Sicherstellung der geburtshilflichen Versorgung in der Region	4
	Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) Umdruck 20/1746	
2.	Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abgeordnete Rathje-Hoffmann, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation in der Frauenklinik in Rendsburg (ehemals imland Klinik) und zur Sicherstellung der geburtshilflichen Versorgung in der Region

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 20/1746](#)

Einleitend zu ihrem Berichtsantrag verweist Abgeordnete Pauls auf alarmierende Informationen, die sie aus Rendsburg erreicht hätten. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Geburtshilfe in Rendsburg gesichert sei.

Einleitend legt Herr Gripp, Geschäftsführer der Schön Kliniken, dar, dass die Schön-Klinik-Gruppe die imland Kliniken zum 1. August 2023 übernehmen. Zum aktuellen Zeitpunkt sei man noch nicht Eigentümer der imland Kliniken. Er spreche auch nicht als Geschäftsführer der imland Kliniken, sondern als zukünftiger Geschäftsführer der Schön Kliniken am 1. August 2023. Er habe sich aber mit den amtierenden Geschäftsführern abgestimmt, weil sich die Fragen der Abgeordneten insbesondere auf die Zukunft bezögen. Er gibt zu bedenken, dass die auch presseöffentlich geführte Diskussion nicht dazu beitrage, Ruhe unter den Beschäftigten oder Vertrauen in den Kliniken herzustellen. Sie bereite auch Schwierigkeiten, für die Zukunft gutes und qualifiziertes Personal zu finden. Ein erster Bewerber habe sich bereits mehr Bedenkzeit auserbeten. Er bietet an, Themen gegebenenfalls in einem kleineren Rahmen zu klären.

Die Schön-Klinik-Gruppe – so setzt Herr Gripp seine Ausführungen fort – habe keinerlei Zweifel an einem Fortbestand der Geburtshilfe in Rendsburg. Für ein Haus der Schwerpunktversorgung sei eine starke Geburtshilfe unerlässlich. Man sehe absolut den Versorgungsbedarf. Es gebe keine strategischen Überlegungen zu deren Abschaffung. Diese habe es auch nie gegeben. Der Fokus müsse nun darauf liegen, die Kliniken aus der Insolvenz heraus wirtschaftlich zu stabilisieren. In der Schön-Klinik-Gruppe würden einzelne Fachabteilungen nie gesondert unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit betrachtet, sondern das gesamte Haus mit seinem Gesamtportfolio müsse wirtschaftlich funktionieren. Das sei immer ein Beitrag unterschiedlicher Abteilungen. Deshalb stelle sich nicht die Frage, ob eine Geburtshilfe wirtschaftlich sei oder nicht. Es stelle sich auch nicht die Frage, ob die Geburtshilfe zukünftig betrieben

werden solle oder nicht, für das Unternehmen sei das ganz klar. Zutreffend sei, dass die personelle Situation angespannt sei. Das habe nichts mit der Übernahme der Schön Kliniken zum 1. August 2023 zu tun. Entscheidungen des Personals seien bereits vor Monaten getroffen worden. Die Schön-Klinik-Gruppe habe keine Chance gehabt, an der Stelle zu reagieren. Als man erfahren habe, dass es Handlungsbedarf gebe, sei man als Schön-Klinik-Gruppe – deutlich vor dem 1. August – aktiv geworden und habe begonnen, Personal anzuwerben und Folgeregelungen zu treffen. Man habe alles dafür getan, dass die Versorgung jetzt mit drei von drei Kreißsälen weiter sichergestellt sei.

Staatssekretär Dr. Grundei legt dar, dass man vonseiten des Ministeriums Kontakt zur Geschäftsführung aufgenommen habe. Die Informationen, die Herr Gripp gegeben habe, habe die Landesregierung im Vorfeld der Sitzung erhalten. Auch er weist auf die schwierige Personalsituation hin, die unabhängig von der Übernahme sei. Die Situation insgesamt sei jedoch nicht hilfreich gewesen, um Personal zu beruhigen. Das Ministerium freue sich über das klare Statement zur Geburtshilfe.

Von Abgeordneter Pauls auf die Besetzung der Kreißsäle angesprochen, bittet Herr Gripp um Verständnis, dass er nichts zu Stellenschlüsseln oder Personalbesetzungen sagen werde. Die Entscheidung jedoch, drei Kreißsäle zu betreiben, gehe mit einer guten Versorgung der Frauen und Kinder einher, die sichergestellt sei. Qualitativ sei man nicht zu Kompromissen bereit.

Abgeordneter Dr. Garg legt dar, dass es eine klare Aussage gebe, dass die Geburtshilfe am Standort Rendsburg weitergeführt werde. Die Frage der Kollegin Pauls ziele aus seiner Sicht auch darauf, auf welchem Level diese weitergeführt werden solle. Er gehe nach den jetzigen Aussagen davon aus, dass die Geburtsstation in Rendsburg weiterhin als Level-2-Geburtsklinik betrieben werde. Ihn interessiert, ob die Landesregierung andere Erkenntnisse habe.

Staatssekretär Dr. Grundei legt dar, dass die Landesregierung keine anderen Erkenntnisse habe, und verweist auf die am Folgetag stattfindende Sitzung des Sozialausschusses zur Versorgungsbedarfsanalyse. Für Rendsburg wünsche man sich keine Veränderung nach unten. Eine Hochstufung auf Perinatalzentrum Level 1 sei gleichermaßen nicht realistisch.

Von Abgeordnetem Balke auf die derzeitigen und prognostizierten Geburtenzahlen pro Jahr angesprochen, legt Herr Gripp dar, dass man aktuell von circa 1.000 Geburten pro Jahr ausgehe. Das Bestreben sei, die Anzahl der Geburten zukünftig zu steigern. Ein großes Interesse bestehe darüber hinaus vonseiten der Klinikleitung, im Kreißsaal mit Beleghebammen zusammenzuarbeiten. Aktuell arbeite man mit einer Beleghebamme zusammen. Ein Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Ausweitung der Zahl der Kreißsäle sei möglich.

Zu den Auswirkungen der Krankenhausstruktur – eine weitere Frage des Abgeordneten Balke – legt Herr Gripp dar, dass man sich damit noch nicht konkret befasst habe. Ein Haus von der Größe der Klinik in Rendsburg mit dem entsprechenden Leistungsspektrum brauche seinem Eindruck nach aber eine Geburtshilfe, und auch nach den Vorstellungen der Krankenhausstrukturreform werde es diese weiterhin brauchen, gegebenenfalls müsse es diese sogar zwingend haben.

Abgeordnete Pauls geht noch einmal auf das Personal ein: Es habe Pläne gegeben, einen hebammengeleiteten Kreißsaal mit dem Ziel zu führen, die Hebammen, die ehemals in Eckernförde gearbeitet hätten, ins Stammhaus zurückzugewinnen. Sie interessiert, ob es Maßnahmen dafür gebe, diese Pläne weiterverfolgt würden und ob bei dem Stammpersonal, das jetzt noch zur Verfügung stehe, Leiharbeit eine Rolle spiele, um die Versorgung aufrechtzuerhalten.

Herr Gripp legt dar, ihm seien die Diskussionen zu hebammengeleiteten Kreißsälen aus früheren Tätigkeiten bekannt. Man sei offen im Hinblick darauf, welches Konzept das richtige sei. Aus Sicht der Kliniken stehe und falle dies mit einer Entscheidung der Hebammen im Hinblick auf deren Wünsche. Er habe mit Hebammen im Haus gesprochen, die eher skeptisch seien. Als Zukunftskonzept schließe er das jedoch nicht aus. Dies werde auch mit dem neuen Chefarzt, der zurzeit gesucht werde, besprochen werden.

Zu dem von Abgeordneter Pauls angesprochenen Thema Leiharbeit legt Herr Gripp dar, dass es aktuell Mitarbeiter verschiedener Berufsgruppen gebe, die mit den entsprechenden Qualifikationen und Erfahrungen nicht nur tageweise, sondern über einen längeren Zeitraum über Leiharbeitskonstruktionen eingesetzt würden.

Abgeordneter Kalinka spricht die notärztliche Versorgung an, die bisher ein erheblicher Kostenfaktor gewesen sei. Ihn interessiert, wie Herr Gripp dazu stehe. – Herr Gripp legt dar, dass

die Finanzierung der Geburtshilfe insgesamt ein bundespolitisches Thema sei. Die Kostensituation oder Wirtschaftlichkeit einer einzelnen Abteilung insgesamt sei nicht ausschlaggebend, wenn das gesamte Haus funktioniere. Die Geburtshilfe sei ein elementarer Bestandteil der Schwerpunktversorgung in Rendsburg. Insofern sehe man keinen Änderungsbedarf.

Zu den von Abgeordneten Kalinka gestellten Fragen, wie hoch der Anteil an Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern sei und welche Kosten damit verbunden seien, legt Herr Gripp dar, dazu keine Angaben zu machen. Er unterstreicht, er selbst sei nicht der Geschäftsführer der imland Kliniken und könne keine Geschäftsgeheimnisse der imland Kliniken preisgeben. In nicht öffentlicher Sitzung könne er die Fragen ebenfalls nicht beantworten.

Abgeordneter Kalinka weist darauf hin, dass die Klinik bedeutsam für die Versorgung sei, deshalb sei auch das Interesse der Abgeordneten an entsprechenden Fragestellungen hoch.

Abgeordnete Pauls interessiert, ob es Pläne gebe, auf die ehemaligen Eckernförder Hebammen zuzugehen, oder ob es andere Ansätze gebe, die Fachkräfteentwicklung zu steuern. Auch sie interessiere, wie viele Chefärzte und Oberärzte das Haus verließen und wie das Verhältnis von Stammpersonal zu Leiharbeitspersonal sei. – Herr Gripp legt dar, dass man sich ebenfalls die Frage gestellt habe, wie es weitergehen solle, als man die Situation vorgefunden habe. Notwendige Maßnahmen seien aus seiner Sicht nicht ausreichend eingeleitet gewesen. Dies habe man nun übernommen. Derzeit würden Gespräche für die chefärztliche Nachfolge geführt, die aber vonseiten der Schön Klinik eingeleitet worden seien. Es gebe zudem Stellenausschreibungen und auch Bewerbungen. Man stelle jetzt drei weitere Ärzte ein, die sich beworben hätten. Für die anderen Berufsgruppen gebe es ebenfalls Bewerbungen. Das Ziel sei ganz klar, offene Stellen zu besetzen. Bevorzugt solle dies mit Stammpersonal geschehen. Bei einem kürzlich stattgefundenen Gespräch zwischen der Vorsitzenden des Hebammenverbandes und ihm habe man auch über die Beleghebammen gesprochen. Sein Ziel sei, auf die Beleghebammen zuzugehen und das Gespräch zu suchen. Man sei sehr offen, weitere Beleghebammen in Rendsburg einzusetzen. Zu den genauen Zahlen, nach denen gefragt worden sei, könne er sich nicht äußern.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kalinka, ob größere Häuser bessere Chancen hätten, Fachkräfte, zum Beispiel Hebammen zu rekrutieren, legt Herr Gripp dar, dass sich dies aus seiner Sicht pauschal nicht beantworten lasse. Es gebe große individuelle Unterschiede im Hinblick darauf, welche Art von Kliniken von den Mitarbeitern bevorzugt würde.

Abgeordneten Dr. Garg interessiert, ob es vor dem Hintergrund der hohen Anforderungen an ein Perinatalzentrum des Levels 2 Anzeichen dafür gebe, dass mit dem derzeit vorhandenen Personal entsprechende Anforderungen nicht erfüllt werden könnten.

Frau Hachmeyer, Leiterin des Referats Krankenhausplanung im Gesundheitsministerium, legt dar, dass man diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt klar mit Nein beantworten könne. Die Datenerhebung für die Kostenträger zur Bemessung der Personalstrukturen nach der Perinatalmedizinrichtlinie sei zum 30. Juni abgeschlossen. Die Krankenhäuser könnten jetzt bei den Kostenträgern Stellung nehmen. Danach könne man eine Prognose abgeben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Verschiedenes

Staatssekretär Dr. Grundei weist auf ein Schreiben an die Vorsitzende zum Aktenvorlagebegehren hin, das dem Ausschuss bald zugehen werde. In diesem gehe es um den aktuellen Sachstand, auch im Hinblick auf noch ausstehende Rückfragen.

Auf Antrag der Abgeordneten Schiebe schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil um 13:36 Uhr. Der Ausschuss führt seine Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung fort.

gez. Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer